



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0066/2011		Datum:	19.10.2011
Verfasser:	05-FDP-Ratsfraktion	Az:		
Gremienweg:				
16.12.2011	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
16.12.2011	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
Betreff:	Antrag der FDP-Fraktion zur Passivhaussiedlung Asterstein			

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Bebauungsplan 103 für die Passivhaussiedlung Asterstein wird so geändert, dass sich die Voraussetzungen für den Verkauf der Baugrundstücke an der Nachfrage der Bauherren und damit an der aktuellen Lage des Grundstückmarktes orientieren.

Begründung:

Seit dem Satzungsbeschluss vom 30.09.2004 bis heute sind von den 126 städtischen Grundstücken bisher lediglich 36 Baugrundstücke veräußert worden.

Die 90 nicht verkauften Baugrundstücke haben laut Verwaltung einen Gesamtwert von 6.774.315,40 €. Wie von der Verwaltung auf Anfrage der FDP-Fraktion von 29.09.2011 mitgeteilt wurde, beträgt die Zinsbelastung bei einem Durchschnittswert des Zinssatzes von 3,5% derzeit 237.125,00 € pro Jahr. Diese Belastung können wir uns im Anbetracht der Haushaltslage nicht länger leisten.

Bereits im Jahr 2006 hatte die FDP-Fraktion erstmals den Antrag gestellt, sich vom Traum der größten Passivhaussiedlung Europas zu verabschieden. Leider teilte damals die Mehrheit des Rates diese Auffassung nicht. Bei einer jährlichen Zinsbelastung in Höhe von 237.125,00 €/Jahr hätte die Stadt in den vergangenen 5 Jahren über 1 Mio. sparen können. Die Grundstücke hätten sich deutlich besser vermarkten lassen, wenn der Passivhausstandard nicht zwingend vorgeschrieben wäre. Im Hinblick auf die neue Energiesparverordnung 2012 (EnE 2012), die schon fast an den Passivhausstandard dran kommt, sollte jetzt das Baugebiet für andere energiesparende Bauarten geöffnet werden.